



# **Der Blick nach vorne: Für ein lebenswertes Mannheim.**

Leitantrag für den  
Kreisparteitag der CDU Mannheim  
am 19. November 2022  
im Kulturhaus Käfertal

Beschluss des Kreisvorstandes  
vom 26. Oktober 2022

Herausgeber:

**Christlich Demokratische Union (CDU) Kreisverband Mannheim**

 P4 4, 68161 Mannheim

 0621 17290890

 [info@cdumannheim.de](mailto:info@cdumannheim.de)

 [www.cdumannheim.de](http://www.cdumannheim.de)

 [cdumannheim](#)

 [cdumannheim](#)

## 1 **Vorwort**

2 Für uns ist Mannheim nicht nur Heimat, sondern ein Lebensgefühl. Unsere Stadt bietet  
3 zahlreiche Möglichkeiten sich wohlfühlen. Sei es in der Natur, bei den umfassenden  
4 Kulturangeboten, beim Einkauf in den Quadraten, mit dem Rad im Waldpark, oder einfach  
5 in den eigenen vier Wänden. Mannheim ist vielseitig – und das ist gut.

6 Das Leben ist einem ständigen Wandel unterworfen und Politik und Gesellschaft arbeiten  
7 immerzu an unserer Stadt, damit diese lebens- und liebenswert bleibt. Bedürfnisse  
8 verändern sich. Herausforderungen werden neu definiert. Was heute noch richtig war, muss  
9 es morgen nicht mehr sein. Wie unser Leben, ist auch eine Stadt zwangsläufig einem steten  
10 Wandel unterworfen.

11 All diesen Veränderungen gerecht zu werden, ist nicht einfach. Doch wir als CDU Mannheim  
12 wollen diese Herausforderungen annehmen. Wir stellen uns der Verantwortung, unsere  
13 Stadt weiterzuentwickeln. Gerade in den Bereichen Familie, Wohnen und Lebensumfeld,  
14 Energie und Verkehr liegt viel Arbeit vor uns. Hierzu wollen wir den Bürgerinnen und  
15 Bürgern mit den nachfolgenden Ideen und Anregungen ein Angebot machen.

## 16 **1. Energie für Mannheim: Sicher – Nachhaltig – Bezahlbar**

17 Die Energiekrise wirkt sich besonders stark in unserer vom produzierenden Gewerbe und  
18 Handel geprägten Heimatstadt Mannheim aus, die im Zentrum einer der  
19 energieintensivsten Regionen Deutschlands liegt

20 Sie zeigt kommunalpolitisch nicht beeinflussbare Risiken geopolitischer Abhängigkeiten  
21 und Fehler einer teils ideologischen Energiewendepolitik, die die technisch-wirtschaftliche  
22 Umsetzbarkeit ausgeblendet hat, auf.

23 Sie macht aber auch die Möglichkeit und Notwendigkeit kommunaler Entscheidungen für  
24 unsere Zukunft in der Metropolregion sichtbar.

25 Wir müssen entscheiden, wie wir als Ballungsraum mit hoher industrieller Energieabnahme  
26 möglichst sichere, so weit als möglich vor Ort dezentral erzeugte und für Unternehmen wie  
27 Bürgerinnen und Bürger bezahlbare Energie für das 21. Jahrhundert sichern.

28 Damit wollen wir

- 29 ● die industrielle Struktur sichern, die uns Arbeit und damit Wohlstand bringt,
- 30 ● die Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger nicht mit überbordenden  
31 Energiekosten belasten,
- 32 ● existenzielle wirtschaftliche Gefährdungen für Vereine und Kultureinrichtungen  
33 wegen hoher Energiepreise vermeiden,
- 34 ● die dezentrale und erneuerbare Energieerzeugung ausbauen und dabei die  
35 Anforderungen der dicht besiedelten Gemarkung Mannheims beachten.

### 36 **a) Bewältigung der Energiekrise**

37 Da die Stadt Mannheim kurzfristig keinen Einfluss auf Gasgewinnung oder Stromerzeugung  
38 hat, muss sie sich auf die Dämpfung der Energiekosten konzentrieren. Die harten  
39 Auswirkungen der Preiskrise kommen erst noch in den nächsten Jahren. Jetzt kann noch mit  
40 schnellen und mutigen Entscheidungen eine Eskalation verhindert werden.

41 Daher sollen die Verwaltung und die maßgeblichen städtischen Gesellschaften (insb. die  
42 städtische Wohnbaugesellschaft GBG) eine klare Priorität auf die Krisenbewältigung setzen  
43 und gegebenenfalls Personal und vor allem IT-Ressourcen aus anderen Tätigkeitsfeldern  
44 dafür abstellen, um

- 45 • für Energieverbraucherinnen und -verbraucher mehr Anlaufstellen für
- 46 Energieeinsparberatung zu geben,
- 47 • die schnelle und effektive Beratung bei Zahlungsschwierigkeiten sicherzustellen,
- 48 • die freien Träger und sozialen Dienste hierbei zu koordinieren und
- 49 • im Extremfall die Ausweitung und Anpassung der Leistungen des Leihamtes zu
- 50 bewerkstelligen.

51 Für die teils existenziell betroffenen kleinen und mittleren Unternehmen, Handwerk und  
52 Einzelhandel sowie Vereine und Kultureinrichtungen sollen ebenso unbürokratische  
53 Beratungsangebote erweitert werden.

54 Für den hoffentlich nicht eintretenden Versorgungsausfall, muss die Stadt Mannheim  
55 unverzüglich einen Notfallplan vorlegen, der unter anderem sicherstellt, dass für die  
56 gasversorgten Gebiete genügend Wärme- und Stromerzeuger als kurzfristiger Ersatz  
57 bereitstehen.

## 58 **b) Versorgungssicherheit**

59 Wie sich gerade zeigt, kommt der Versorgungssicherheit für Bürgerinnen und Bürger und  
60 für die Wirtschaft, von deren Erträgen wir alle unser Leben am Ende finanzieren, eine  
61 überragende Bedeutung zu. Eine aktuelle Studie des Fraunhofer-Institut für Solare  
62 Energiesysteme weist dabei eine Verdopplung des Strombedarfs in der Region bis 2045 auf.  
63 Um diese Herausforderung zu stemmen, soll die Stadt

- 64 • den Ausbau von Leitungsinfrastruktur in die Region fördern und alle damit befassten
- 65 Stellen in den Bereichen Bau, Naturschutz und gegebenenfalls Wirtschaftsförderung
- 66 mit genügenden Ressourcen für schnelle Verwaltungsprozesse ausstatten,
- 67 • dem Ausbau vor anderen Belangen, soweit rechtlich möglich, Vorrang einräumen,
- 68 • für einen Anschluss der Region an das europäischen Wasserstoffnetz („Backbone“)
- 69 auf allen Ebenen aktiv werden; der Standortvorteil von bereits vorhandenen
- 70 Leitungstrassen sollte genutzt werden,
- 71 • sich klar für einen Weiterbetrieb (zumindest als Reserve) des Großkraftwerks
- 72 aussprechen und sich dafür einsetzen, dass die Betreiber verlässliche
- 73 Rahmenbedingungen erhalten; zumindest bis der Fernleitungsausbau in den
- 74 Südwesten Deutschlands abgeschlossen und die Versorgung dadurch nachweislich
- 75 abgesichert ist und
- 76 • auf allen Ebenen im Schulterschluss mit Landesregierung und betroffenen
- 77 Kommunen aktiv werden, um die Aufspaltung der deutschlandweit einheitlichen
- 78 Strompreiszone zu verhindern; ein derartiger Nachteil würde die
- 79 Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft gefährden und zur Abwanderung
- 80 energieintensiver Betriebe führen.

81 **c) Energieerzeugung**

82 Trotz der im Moment krisenbedingt notwendigen Steigerung fossiler Energieerzeugung ist  
83 die Zukunft weitestgehend erneuerbar und dadurch auch dezentral. Mannheim kann dazu  
84 einen kleinen aber effizienten Beitrag leisten.

- 85 • Photovoltaik: Das Potential in Mannheim ist noch weiter zu heben. Dabei sind  
86 bestehende Dächer oder kaum nutzbare Freiflächen (Lärmschutzwälle, Auffahrten)  
87 mit geringem Eingriff in die Natur zu nutzen. Die Stadt und die städtischen  
88 Gesellschaften sollen hier mit Vorbild vorangehen. Innovative Formen, wie die Agri-  
89 Photovoltaik, bei der parallel eine landwirtschaftliche Nutzung möglich ist, sind zu  
90 fördern.
- 91 • Windkraft ist auf der Mannheimer Gemarkung aufgrund der hohen Belastung und  
92 dem relativ geringen Strombeitrag kritisch zu betrachten. Kein Argument für  
93 Windkraft ist industrielle Vorbelastung mancher Wohngebiete.
- 94 • Tiefen-Geothermie bietet im Oberrheingraben gute Chancen, vor allem die  
95 Fernwärmeversorgung zu stützen und wegfallende Mengen des GKM teilweise zu  
96 ersetzen. Bei der Tiefengeothermie, die seit Jahren in Bruchsal störungsfrei  
97 betrieben wird, sind die Risiken gut erforscht. Einrichtungen in bestehenden  
98 Industriegebieten weitab von Wohngebieten sind quasi störungsfrei.

99 **d) Innovations- und Technologieoffenheit**

100 Ein Energiesystem ist dann krisensicher, wenn es diversifiziert und stets fortentwickelt wird.

101 Dazu soll unter dem Dach des Innovationszentrums Green Tech ein Schwerpunkt  
102 „Energieversorgung“ gebildet werden. Das „Ökosystem“ ist hier mit der Hochschule  
103 Mannheim, aber auch energiewirtschaftlichen Unternehmen (z.B. MVV, PPC, SIEMENS,  
104 ABB) gegeben.

105 Weiterhin sollte die Stadt in Zusammenarbeit mit der regionalen Wirtschaft eine  
106 Effizienzplattform betreiben, auf der ungenutzte Potentiale wie Abwärme oder verwertbare  
107 Reststoffe einfach und unbürokratisch gehandelt werden können. Hierdurch soll kleinen  
108 und mittleren Unternehmen der Zugang zu den oftmals stark regulierten Energie- und  
109 Abfallwirtschaftssektoren ermöglicht werden („Effizienzpark“ statt „Gewerbegebiet“).

110 **2. Wohnraum für Mannheim: Faires Wohnen für alle**

111 Mannheim braucht mehr Wohnraum, um als Stadt im Wettbewerb mit anderen Kommunen  
112 weiterhin attraktiv zu bleiben. Zugleich hat sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt in den  
113 letzten Jahren dramatisch verändert. Bedingt durch Materialmangel und explodierende  
114 Energiekosten, sind die Kosten für Baustoffe stark gestiegen und bereits jetzt zeigt die  
115 Wohnungsnachfrageprognose für Mannheim, dass unsere Stadt jährlich 225 bis 300  
116 Einfamilienhäuser benötigt. Zum anderen haben sich die Kreditzinsen ebenfalls stark  
117 verteuert. Es muss demnach eine doppelte Zielsetzung verfolgt werden: Neuen Wohnraum  
118 durch Bau- oder Umbaumaßnahmen schaffen und vorhandenen Raum sinnvoll nutzen. Ziel  
119 muss es sein, junge Familien in der Expansionsphase und gut Ausgebildete in unsere Stadt  
120 zu locken. Durch mehr Wohnraum steigt das Angebot. Das hält die Mieten auf einem  
121 erträglichen Niveau. Dort, wo Mietwucher betrieben wird, hält der Bundesgesetzgeber mit  
122 Mietendeckel ein Instrumentarium bereit, um dem entgegenzuwirken.

123 **a) Neuen Wohnraum ermöglichen – sinnvolle Anreize schaffen!**

124 Eine Grundstückstrategie nur gerichtet auf die Zuteilung von Flächen, wie es Gegenstand  
125 der Grundstücksvermarktungsstrategie der Stadt Mannheim ist, greift zu kurz. Grundstücke  
126 müssen auch bebaut werden. Dafür entstehen Kosten; zugleich amortisiert sich eine  
127 Immobilie meist erst nach 50 bis 80 Jahren.

128 Man muss aber nicht jedes Haus neu planen. Die Verwaltung soll ein Mannheimer  
129 Musterhaus entwickeln, also ein Modellhaus, für welches die Planung bereits „in der  
130 Schublade liegt“. Der Vorteil liegt darin, dass die Vorplanungskosten wegfallen. Damit kann  
131 man im ersten Schritt dem Problem der hohen Baukosten und Zinsen begegnen. Fällt für  
132 den privaten Bauherren die Wahl auf dieses Musterhaus, so kann dies im vereinfachten  
133 Genehmigungsverfahren genehmigt werden, wodurch sich das Baugenehmigungsverfahren  
134 beschleunigt.

135 Wenn ein Grundstückseigentümer ein Haus bauen möchte, muss zunächst ein Erdaushub  
136 auf dem Grundstück erfolgen. Für die ordnungsgemäße Entsorgung des Erbaushubs  
137 entstehen dem Eigentümer Kosten. Wir schlagen daher die Einrichtung einer  
138 Erdaushubbörse vor, auf der Bauherren ihren Erdaushub zum Kauf anbieten können.  
139 Interessenten wiederum können sich dort kostengünstig mit Erde versorgen. Für (Neu-)  
140 Eigentümer verringern sich dadurch die beim Hausbau anfallenden Entsorgungskosten.  
141 Zudem sollte die Stadt den Bau mit Holz finanziell fördern, denn Holz bindet CO<sup>2</sup>.

142 Eine weitere Belastung bringen die hohen Erschließungskosten für Grundstückseigentümer  
143 mit sich. Die Stadt soll hier verstärkt die bauwilligen Grundstückseigentümer bei der  
144 Beauftragung von Bauunternehmen für die Erschließung einzelner Grundstücke  
145 einbeziehen, da diese teilweise kostengünstigere Alternativen (z.B. eigene Baufirmen)  
146 anbieten können, sofern dies rechtlich möglich ist. Die Verwaltung soll hierzu ein Konzept  
147 erarbeiten.

148 Mannheim braucht gut qualifizierte und motivierte Bürgerinnen und Bürger, die Lust haben,  
149 in unserer Stadt zu wohnen. Viele Fachkräfte achten beim Jobwechsel nicht mehr nur auf  
150 das Gehalt, sondern auch auf bezahlbaren Wohnraum. Unternehmen brauchen gut  
151 qualifizierte Fachkräfte und konkurrieren um die Besten. Wir schlagen vor, dass die Stadt  
152 Mannheim die Entstehung von Werkwohnungen fördert, die von hier ansässigen  
153 Unternehmen geschaffen werden sollen. Die Stadt Mannheim soll hier einen zusätzlichen  
154 Anreiz schaffen: Sie soll Unternehmen, die Werkwohnungen bauen lassen, eine  
155 Bevorzugung bei der Genehmigung von Gewerbefläche versprechen, soweit dies rechtlich  
156 möglich ist. Die kommunalen Gesellschaften der Stadt wie beispielsweise die MVV sollen  
157 mit gutem Beispiel vorangehen und die ersten sein, die Werkwohnungen bauen. Freilich,  
158 Werkwohnungen sind nur eine Wohnform auf Zeit. Sie schaffen aber Abhilfe für Familien,  
159 die in Ballungszentren verzweifelt nach bezahlbaren Wohnraum suchen. Das gibt Ihnen Zeit,  
160 die passende Immobilie zu finden. Natürlich darf keine Zweckentfremdung erfolgen. Die  
161 Bauaufsicht muss hier ein besonderes Auge auf die Werkwohnungen haben. Dafür muss  
162 die Bauaufsicht mit ausreichend Personal ausgestattet werden. Hier darf nicht gespart  
163 werden.

164 **b) Vorhandenen Wohnraum sinnvoll nutzen, vorhandene Flächen neu definieren**  
165 **und Lebensumfeld attraktiv gestalten**

166 In einer Zeit, in der wir über das Klima und über die Energiepreise diskutieren, muss sich für  
167 Eigentümer auch die energetische Sanierung lohnen. Daher schlagen wir vor, den  
168 Mannheimer Mietspiegel zu überarbeiten. Dieser geht nicht mehr von zeitgemäßen  
169 Kriterien aus: Der Mietspiegel verhindert die energetische Sanierung eher, als diese zu  
170 fördern, denn nach 20 Jahren bringt die energetische Sanierung bei der Vergleichsmiete  
171 nichts mehr, obwohl bspw. ein Wärmeverbundsystem an der Häuserwand 20 Jahre oder  
172 länger Wirkung entfaltet. Dadurch wird auch für den Mieter attraktiver Wohnraum  
173 geschaffen und die Nebenkosten bleiben auf einem moderaten Niveau.

174 Die Gesellschaft wird älter. In Mannheim leben viele ältere Eigentümer in großen  
175 Wohnungen und Häusern. Viele dieser Menschen möchten im Alter nicht allein sein. Hier  
176 steht großer Wohnraum zur Verfügung. Wir schlagen vor, die Entstehung von  
177 Mehrgenerationenhäusern zu fördern. Ältere können in ihrem Haus weiter wohnen bleiben;  
178 jüngere ziehen dort zusätzlich ein. Oft sind die Kinder bereits ausgezogen. Dieser Raum ist  
179 frei. Die Stadt könnte hier eine Mehrgenerationenhausbörse schaffen, um den Kontakt  
180 untereinander herzustellen. Dieses Modell kann auch bei neuen Bauprojekten  
181 berücksichtigt werden. Wir schlagen vor, größere Mehrgenerationenhäuser zu schaffen. In  
182 der Stadt Helsingborg in Schweden gibt es ein Mehrgenerationenhaus mit 72 Bewohnern:  
183 50 Prozent sind unter 25; 50 Prozent über 70 Jahre. Im Mietvertrag ist festgeschrieben, dass  
184 sich die jüngeren Mitbewohner mindestens zwei Stunden wöchentlich um die älteren  
185 Mitbewohner kümmern müssen. Die Stadt soll im Rahmen der Grundstücksstrategie auch  
186 Grundstücke an Wohnbaugesellschaften vergeben, die (verbindlich)  
187 Mehrgenerationenhäuser schaffen wollen, soweit dies rechtlich möglich ist.

188 Auch wenn Hauseigentümer noch jünger sind, können sie Wohnraum schaffen, etwa durch  
189 den Dachgeschossausbau. Das bedeutet für Hauseigentümer oft eine ganze Fülle von  
190 Auflagen, wie beispielsweise zum Brandschutz. Diese Normdichte muss zügig abgebaut  
191 werden. Die Verwaltung muss Dachgeschossausbauprogramme auflegen und eine  
192 Beratungsstelle für Bauwillige schaffen.

193 Bereits bebaute Flächen müssen sinnvoll genutzt werden. Corona hat gezeigt, dass im  
194 Thema Homeoffice viel Potential steckt. Daher muss die Umwidmung von Büroflächen in  
195 Wohnraum denkbar einfach gemacht werden. Dies gilt beispielsweise für die Innenstadt-  
196 Planken. Die Stadt muss Eigentümer dazu anhalten und dabei unterstützen, Gebäude auf  
197 die Höhe der Nachbargebäude aufzustocken, um zusätzlichen Wohnraum zu schaffen und  
198 Baulücken zu schließen. Auch die Umwidmung von Gewerbeflächen muss die Stadt  
199 erleichtern. Das geht bei der Bauleitplanung schon los: Es muss damit Schluss sein, dass bei  
200 der Beplanung geeigneter Flächen in den Bebauungsplänen die Wohnbebauung  
201 ausgeschlossen wird. Da wo es vertretbar ist, müssen Drei- bis Vier-Zimmerwohnungen  
202 gebaut oder aber eine nachträgliche Umwidmung von Bürofläche in solche Wohnungen  
203 möglich sein. Wir können keine Fläche mehr „verschenken“. Die Stadt Mannheim muss auch  
204 verstärkt Grundstücke an Wohnbaugesellschaften abgeben, die (verbindlich) Wohnhäuser  
205 mit drei bis vier Zimmerwohnungen bauen wollen, sofern dies rechtlich möglich ist.

206 Dies alles muss eingebettet sein in eine Stärkung der Attraktivität des Lebensumfeldes. Der  
207 öffentliche Raum muss so gestaltet werden, dass sich die Menschen im direkt an die

208 Wohnung anliegenden Außenbereich wohl fühlen. Die CDU Mannheim setzt sich bspw.  
209 aktiv für die Verbesserung der Spielplätze (etwa durch die Schaffung von  
210 Erlebnisspielplätzen) und die Sanierung von städtischen Freizeiteinrichtungen, wie  
211 beispielsweise der Freibäder ein. Damit locken wir junge Familien in unsere Stadt.

### 212 **c) Konkrete Handlungswünsche**

213 Vor diesem Hintergrund sind wir der Meinung, dass die CDU-Gemeinderatsfraktion auf den  
214 Bau von mehr Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäusern hinwirken soll. Sie sollte sich für  
215 einen verstärkten Dachgeschossausbau einsetzen und auf die Schaffung entsprechender  
216 Dachgeschossprogramme hinwirken, um eine sinnvolle und moderne  
217 Nachverdichtungsstrategie zu erreichen. Mannheim ist die Stadt der Stadtteile – das macht  
218 unsere Stadt aus. Wir brauchen eine Stadtteilbetrachtung: Nachverdichtung mit  
219 Geschossausbau dort, wo urbane Besiedlung vorhanden ist; Bau von Einfamilien- Doppel  
220 und Reihenhäuser dort, wo eher ländliche Prägung vorhanden sind.

## 221 **3. Mobilität für Mannheim: Der Verkehr muss fließen**

222 Mobilität ist für den großen Teil der Menschen in Mannheim beruflich wie privat ein  
223 zentrales Element in ihrem Leben. In den unterschiedlichsten Lebensbereichen müssen wir  
224 mobil sein. Sei es auf den Wegen zur Kinderbetreuung, zur Schule, zur Ausbildungsstätte,  
225 zum Arbeitsplatz, zum Einkaufen, zur Freizeit oder zum Sport. Mannheim ist ohne eine  
226 funktionierende Verkehrsinfrastruktur und ein vielfältiges Mobilitätsangebot nicht  
227 denkbar. Mobilität ist ein Ausdruck individueller Freiheit und schafft Lebensqualität. Wir  
228 unterstützen die unterschiedlichen Bedürfnisse der Mannheimerinnen und Mannheimer  
229 nach individueller Mobilität. Hierbei wollen wir ein gleichberechtigtes Nebeneinander der  
230 verschiedenen Mobilitätsformen ermöglichen. Ideologie hat hier nichts verloren. Mobilität  
231 verändert sich und wir wollen den Wandel gestalten. Dies gelingt aber nicht mit der  
232 Brechstange, sondern mit dem Ausbau von guten Alternativen. Unsere Politik ist es nicht,  
233 lediglich den Autoverkehr zu verdrängen, wie dies andere politische Akteure aus  
234 ideologischen Gründen tun. Für uns ist ein gleichberechtigtes Nebeneinander der  
235 verschiedenen Mobilitätsformen kein Widerspruch, sondern der einzig gangbare Weg in der  
236 Verkehrspolitik. Um diese Gleichberechtigung zu erhalten, liegt indes noch Arbeit vor uns.

237 Die nachfolgenden Punkte sollen die Schaffung eines gleichberechtigten und sicheren  
238 Nebeneinanders bei der nach den individuellen Bedürfnissen ausgerichteten Mobilität  
239 fördern:

### 240 **a) Unterwegs zu Fuß**

- 241 ● Gezielte Sanierung von Fußwegen
- 242 ● Konsequente Trennung von Rad- und Fußwegen, wo dies umsetzbar ist
- 243 ● Gehwege müssen für Rollatoren, Rollstühle und Kinderwagen begehbar sein. Der  
244 ruhende Verkehr darf hier nicht einschränken. Werbeanlagen dürfen kein Störfaktor  
245 sein

### 246 **b) Unterwegs mit dem Fahrrad/ Elektroroller**

- 247 ● Bei Radwege-Neubauten soll ein breiterer Ausbaustandard berücksichtigt werden,  
248 um den geänderten Bedarfen durch Lastenräder, Radanhänger und schnelleren  
249 Radfahrern gerecht zu werden

- 250 ● Stauunkte bei Radwegen mit einer vermehrten Nutzung müssen dort, wo dies  
251       baulich machbar ist, beseitigt werden
- 252 ● Gezielte Sanierung von Radwegen und ein bedarfsgerechter Ausbau von Radwegen.  
253       Hier auch insbesondere als Verbindung zwischen den Stadtteilen. Die Mittel für eine  
254       Sanierung und den Neubau sind deutlich zu erhöhen.
- 255 ● Schließung von Lücken im Radwegenetz
- 256 ● Förderung von Projekten und Initiativen zur Verkehrserziehung von Kindern.
- 257 ● Einrichtung von weiteren Fahrradstraßen
- 258 ● Konsequente und sichere Trennung des Fahrradverkehrs vom Autoverkehr.
- 259 ● Elektroroller sind ein beliebtes Fortbewegungsmittel geworden. Leider werden diese  
260       oft verkehrsgefährdend durch die nutzenden Personen abgestellt. Dies führt zu  
261       Verdross und verringert die Akzeptanz. Daher sind für Elektroroller feste Parkzonen  
262       einzurichten

### 263 **c) Unterwegs mit dem ÖPNV**

- 264 ● Haltestellen des ÖPNV sind generell behindertengerecht auszubauen
- 265 ● Wir benötigen einen weiteren S-Bahn-Halt zwischen Waldhof und Lampertheim
- 266 ● Aufenthaltsqualität in den Fahrzeugen und an Haltestellen muss verbessert werden.  
267       Ein weiterer Fokus muss auf die Sauberkeit gelegt werden. Dies schafft zusätzlich ein  
268       Gefühl der Sicherheit. Angsträumen an Haltestellen muss entgegengewirkt werden
- 269 ● Die Stadtbahnlinien (und S-Bahn) führen sternförmig zur Innenstadt. Eine Rundlinie  
270       zur Verbindung zwischen den Stadtteilen muss mittelfristig umgesetzt werden, um  
271       die Attraktivität zu steigern
- 272 ● Wo immer machbar, muss der Takt von S-Bahn, Straßenbahn und Bussen erhöht  
273       werden
- 274 ● Die Anbindung der geplanten neuen Schulen in Käfertal-Franklin und Käfertal-  
275       Spinelli an den ÖPNV muss schnell umgesetzt werden

### 276 **d) Unterwegs mit dem Auto**

- 277 ● Jahrzehntlang wurde der Erhalt der Infrastruktur vernachlässigt. Dies macht sich an  
278       vielen Stellen verkehrsgefährdend bemerkbar. Schilder mit Tempolimits aufgrund  
279       von Straßenschäden sind keine Lösung. Zukünftig müssen hier mehr Finanzmittel  
280       zur Verfügung gestellt werden. Prävention bei leichten Schäden erspart teure  
281       Sanierungen in der Zukunft.
- 282 ● Um Alternativen zum eigenen PKW zu fördern, sollen Möglichkeiten des Carsharing  
283       auch in den Außenbezirken verbessert werden.
- 284 ● Die Nutzung von E-Automobilen nimmt zu. Damit die Nutzung sich weiter steigert,  
285       muss die Ladeinfrastruktur für E-Automobile ausgebaut werden.
- 286 ● Die Nutzung des Autos ist für viele Verkehrsteilnehmende wichtig und notwendig.  
287       Nicht alle Grundstücke verfügen über ausreichende Parkmöglichkeiten. Darum muss  
288       ein Parkplatzangebot im öffentlichen Raum erhalten bleiben. Dieses muss allerdings  
289       so gestaltet sein, dass es andere Verkehrsteilnehmende nicht behindert.  
290       Quartiersgaragen können hierzu eine geeignete Alternative sein.
- 291 ● Wir lehnen das Prinzip von 0,8 Parkplätzen pro Wohneinheit ab. Es greift zu kurz und  
292       schafft nur mehr Probleme als es lösen kann.

- 293       • Wir benötigen ein intelligentes, digitales Parkleitsystem, welches den Suchverkehr  
294       schnell und unkompliziert in das nächstgelegene Parkhaus leitet und somit  
295       überflüssige Suchverkehre vermeidet.  
296       • Für den Einzelhandel ist ein gut funktionierender Lieferverkehr existentiell.  
297       Verkehrs- und Umweltbelastungen müssen jedoch minimiert werden. Anlieferzeiten  
298       sind zu begrenzen und zu überwachen. Lieferfahrzeuge sollen weitgehend abgasfrei  
299       bzw. elektrisch betrieben werden.

#### 300 **e) Unterwegs mit der Bahn**

- 301       • Lärmschutz hat Priorität. Darum müssen wir bei einem Ausbau der Bahnstrecke  
302       Frankfurt/Mannheim einen maximalen Lärmschutz der Bürgerinnen und Bürger  
303       Mannheims erreichen.

304 Ein großes Ziel bleibt die Reduzierung des Autoverkehrs in der Stadt insgesamt. Dieses Ziel  
305 ist aber nur realistisch erreichbar, wenn es passende und durchgreifende Alternativen gibt.  
306 Der Autoverkehr lässt sich nur dann reduzieren, wenn die Verkehrsteilnehmenden auf  
307 verlässliche und praktikable Alternativen umsteigen können. Dies umzusetzen, wird nicht  
308 wenig Zeit und finanzielle Mittel erfordern. Ein Vorgehen mit der Brechstange, welches die  
309 Menschen nicht mitnimmt, sondern mit ihren Problemen allein lässt und den Standort  
310 Mannheim schwächt und gefährdet, lehnen wir ab. Die CDU-Gemeinderatsfraktion hat mit  
311 ihrem Konzept für eine autoarme Innenstadt einen guten Vorschlag unterbreitet, den die  
312 CDU insgesamt unterstützt.

### 313 **4. Mannheim für Familien: Potenzial für Entfaltung**

314 Die Familie in ihren unterschiedlichen Daseinsformen ist für uns die Keimzelle der  
315 Gesellschaft. Hier werden Kinder im Optimalfall in ihren sozialen Fähigkeiten geprägt,  
316 erwerben ihr erstes Wissen, erfahren Verlässlichkeit und können darüber mit ihrem Umfeld  
317 und damit ihrem Stadtteil sowie der Stadt in Berührung kommen. Senioren und  
318 hilfsbedürftige Familienmitglieder erfahren in und durch Familien wichtige Unterstützung.

319 Damit leistet sie einen elementaren Beitrag für unsere Gesellschaft, den es zu unterstützen  
320 gilt, und zwar von Anfang an und über alle Generationen hinweg.

321 Familienpolitik ist für uns eine Investition in die Zukunft sowie Stabilisierung im Alter. Wir  
322 machen Erziehungsberechtigten keine Vorschriften, wie sie ihr Familienleben zu gestalten  
323 haben und wie sie sich Erziehung und Beruf aufteilen. Wir wollen nicht durch staatliche  
324 Maßnahmen bevormunden, sondern ermutigen, fördern und entlasten.

#### 325 **a) Frühkindliche Bildung**

- 326       • Wir fordern eine Priorisierung des Ausbaus der wohnortnahen Kinderbetreuung bei  
327       der städtischen Verwaltungsspitze zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf  
328       in unserer Stadt. Hierzu müssen die zuständigen Verwaltungsbereiche  
329       dezernatsübergreifend stärker in Schnittstellen zusammenarbeiten.  
330       • Wir setzen uns für die Erstellung eines Mannheimer Kita-Baukastens analog des  
331       Heidelberger Kita-Baukastens ein, um Kitaprojekte schneller und kostengünstiger zu  
332       realisieren.  
333       • Bei der Planung von Neubaugebieten steht für uns der bedarfsgerechte Ausbau  
334       institutioneller Kinderbetreuung für gesunde sowie gehandicapte mit an vorderster  
335       Stelle.

- 336 ● Betreuungseinrichtungen müssen mit allen Verkehrsmitteln gut erreichbar sein.
- 337 ● Wir bekennen uns eindeutig zur Trägervielfalt in unserer Stadt. Um diese zu erhalten
- 338 und für die anstehenden notwendigen Ausbauprojekte als Unterstützer zu
- 339 gewinnen, braucht es faire, attraktive und nachhaltige Fördervereinbarungen mit
- 340 Blick auf den laufenden Betrieb, aber auch die Investitionen. Wir unterstützen daher
- 341 die neue Förderung des laufenden Betriebs von Tageseinrichtungen der freien
- 342 Träger, sind aber bereit, hier nachzulegen, sollte sich die Vereinbarung nicht als
- 343 zielführend erweisen.
- 344 ● Wir setzen uns für den Abbau von Sprachbarrieren bei Kindern sowie deren
- 345 Bezugspersonen ein. Sprache ist der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben.
- 346 Darum muss es eine dauerhafte Förderung der Sprach-Kitas geben. Hierzu
- 347 unterstützen wir auch das Angebot der Kulturdolmetscher innerhalb von
- 348 Kindertagesstätten, Schulen, Horten sowie Heimen. Für die Zukunft all unserer
- 349 Kinder setzen wir uns für die Entwicklung individueller Sprachkonzepte ein.

350 Eine gute Bildung ist der Schlüssel, um sein Leben nach den eigenen Wünschen gestalten zu  
351 können. Bildung sorgt für gesellschaftliche Teilhabe und ist die Basis für den Wohlstand  
352 unserer Gesellschaft. Bildung ist für uns mehr als Lernen, sondern vermittelt gemeinsame  
353 Grundüberzeugungen, Werte, Urteilskraft und kritisches Denken und legt die Grundlage für  
354 Orientierung in einer zunehmend komplexen Welt. Im Unterschied zu anderen achten wir  
355 die unterschiedlichen Begabungen der Einzelnen. Wir wollen, dass sich Leistung lohnt und  
356 nicht Herkunft, Besitz oder Beziehungen entscheiden. Wir bekennen uns zu einem  
357 differenzierten und durchlässigen Bildungssystem. Die ganztägige Einheitsschule  
358 entspricht explizit nicht dieser Vorstellung.

## 359 **b) Schulbildung**

- 360 ● Wir fordern einen realistischen Zeitplan für die Sanierung der Geschwister-Scholl-  
361 Schulen, der Waldschule sowie der Berufsschulen am Neckarufer
- 362 ● Wir suchen nach Lösungen, mit Blick auf die zunehmende Zahl an Ganztagschulen  
363 die Kooperation zwischen Vereinen oder Jugendfördereinrichtungen vor Ort und  
364 den Schulen zu intensivieren
- 365 ● Wir fordern unbürokratische, schnelle Lösungen für Schulen mit besonderen  
366 Herausforderungen mit Blick auf ihre Schülerschaft, seien es muttersprachliche  
367 Schulsozialarbeiter oder Angebote der Nachmittagsbetreuung zum Abbau von  
368 Sprachbarrieren
- 369 ● Wir setzen uns für den Erhalt der Kinder- sowie Jugendakademien als Instrument der  
370 Begabtenförderung ein
- 371 ● Wir fordern einen Ausbildungspakt zwischen Mannheimer Schulen und der  
372 Handwerkskammer mit Praktika und Schnupperwochen, um die Vielfalt und  
373 Attraktivität der Handwerksberufe zu verdeutlichen und mehr Schülerinnen und  
374 Schüler für eine handwerkliche Ausbildung zu gewinnen

375 Ganztagsbetreuung und Ganztagsunterricht, wegbrechende Familienstrukturen oder  
376 vollzeitberufstätige Eltern führen zu einem veränderten Freizeitverhalten von Kindern und  
377 Jugendlichen. Diese Herausforderung wollen wir annehmen und attraktive Angebote  
378 schaffen, in denen sich Kinder und Jugendliche sicher und wertgeschätzt fühlen und in ihrer  
379 Entwicklung gefördert werden.

380 **c) Lebensumfeld und Freizeit**

- 381 ● Wir setzen uns ein für Möglichkeiten der innerstädtischen sowie stadtteilbezogenen  
382 Freizeitgestaltung durch ein breites Angebot an Sport- oder Kulturvereinen,  
383 Spielplätzen, Büchereien, Jugendtreffs oder ansprechenden Grünanlagen,  
384 Museumspädagogik, Kinder- und Jugendtheater
- 385 ● Wir fordern mehr familienfreundlichen Wohnraum in Form eines höheren Anteils an  
386 Vier- und Fünfstück-Wohnungen inklusive nutzbarer Außenbereiche sowie  
387 Einfamilienhäusern und alters- sowie behindertengerechten Wohnraum
- 388 ● Wir bekennen uns zur Weiterführung des Familienpasses
- 389 ● Für generationsübergreifendes Leben setzen wir uns ein für quartiersnahe  
390 Versorgung mit sozialen Kontakten, Einkaufsmöglichkeiten, medizinischen  
391 Dienstleistungen, einer guten Nahversorgung und der Möglichkeit der  
392 Multimobilität

393 **d) Familie und Pflege für geteilte Last**

- 394 ● Wir unterstützen den Ausbau ambulanter sowie stationärer Pflegeplätze. Soziale  
395 Dienste und Pflegevernetzungsportale zur häuslichen Pflege werden von uns  
396 gefördert
- 397 ● Wir fordern kostenlosen Parkraum zur Verfügung zu stellen für alle pflegenahen  
398 Dienstleistungen für alle unterstützenden Personen

399 **e) Städtische Angebote der Familienförderung**

- 400 ● Alle städtischen Angebote für Familien, Kinder und Jugendliche, von Frühe Hilfen  
401 und Elkiz über Psychologische Beratungsstellen, Familienpass, Jugendtreff bis hin zu  
402 Stadtteilbibliotheken werden zukünftig auf einer neu einzurichtenden Webseite  
403 kommuniziert und auch in Bürgerdiensten beworben
- 404 ● Wir begrüßen alle Familien in unserer Stadt durch eine Willkommensbroschüre, die  
405 insbesondere auf Familienangebote Mannheims aufmerksam macht. Des Weiteren  
406 informieren wir über unser vielfältiges Angebot durch QR-Codes an prägnanten  
407 Stellen wie beispielhaft in Straßenbahnen
- 408 ● Damit alle Familien unserer Stadt über die frühen Hilfen informiert sind, evaluieren  
409 wir die barrierefreie digitale Zugänglichkeit des Flyers „Soziale Dienste“ und das  
410 damit verbundene Angebot. Wir unterstützen und stärken Familien in ihrer  
411 Eigenverantwortung bei der Begleitung ihrer Kinder ins gesellschaftliche Leben